

China setzt trotz wachsenden Drucks auf mehr Investitionen in Deutschland

Peking/Berlin, 24.11.2016, 18:26 Uhr

GDN - Chinas Regierung will trotz des Streits über die Übernahme deutscher Technologiefirmen weiter chinesische Unternehmen zum Investieren in Deutschland ermuntern: "Der sogenannte 'Ausverkauf Deutschlands' ist eine vollkommen unbegründete Sorge", sagte die stellvertretende chinesische Ministerpräsidentin Liu Yandong dem "Handelsblatt" (Freitagsausgabe). "Diese Art von Kooperation hat wechselseitigen Nutzen und gemeinsames Gewinnen ermöglicht."

China stehe derzeit für weniger als ein Prozent der ausländischen Investitionen in Deutschland, deutsche Unternehmen hätten zudem deutlich mehr in der Volksrepublik investiert. Deshalb ist Liu für mehr chinesisches Engagement in deutschen Unternehmen: "Wenn die chinesisch-deutschen Investitionen in beide Richtungen ausgeglichener und vielfältiger werden, dann wird das der Wirtschaftszusammenarbeit beider Länder nur noch mehr Vorteile bringen." Investitionen in oder Übernahmen von deutschen Unternehmen hätten diese stabilisiert und ihnen neue Märkte erschlossen sowie Arbeitsplätze gesichert, sagte Liu. Zuletzt hatte es Verstimmungen zwischen Peking und Berlin gegeben, nachdem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) die Übernahme des Aachener Spezialmaschinenherstellers Aixtron durch die chinesische Grand Chip Investment gestoppt hatte. Auch US-Behörden wollen den Deal verhindern. Zuvor hatte es Kritik am Verkauf des Roboterproduzenten Kuka sowie an Plänen am Einstieg chinesischer Investoren bei Osram gegeben. Im Streit um chinesische Billigstahlexporte warnte Liu im "Handelsblatt" vor Restriktionen des Westens: "Der missbräuchliche Einsatz von Maßnahmen zur Stützung von Wirtschaft und Handel wie Antidumping-Zölle wäre für die Lösung der Probleme der weltweiten Überkapazitäten in der Stahlindustrie und der Entwicklung der Stahlbranche keineswegs hilfreich", mahnte Liu. Daraus könnten Handelskriege entstehen. China suche eine gemeinsame Lösung, betonte die Top-Politikerin aus Peking und unterstrich: "Die Schwierigkeiten, vor denen die europäische und amerikanische Stahlindustrie augenblicklich stehen, auf die Überkapazitäten der chinesischen Stahlindustrie und ihre Exportsubventionen zurückzuführen, entbehrt jeder Grundlage und ist ungerecht."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-81373/china-setzt-trotz-wachsenden-drucks-auf-mehr-investitionen-in-deutschland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619